

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **70 (1990)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Europa – ungeteilt?

Kann die Teilung Europas beendet werden? Die Frage ruft, eher als nach Antworten, nach Zusatzfragen wie: Warum sollte sie? In welcher Hinsicht? Von welcher Teilung reden wir? Oder auch: in welchem Ausmass ist die Teilung Europas ein natürlicher, unvermeidlicher Zustand, und in welchem ist sie von aussen aufgezwungen? Würde ein unabhängigeres Europa, ein «europäisches Europa», das seine Identität gefunden oder wieder errungen hat, noch mehr geteilt oder aber mehr geeint sein?

Wir wissen, dass Europa niemals vereint gewesen ist. Seine Geschichte ist einer der nationalen, kulturellen, religiösen Unterschiede und der daraus entstandenen Spannungen und Konflikte, doch hat Europa den Traum der Einigkeit nie ganz aufgegeben. Möchten unsere Nationalstaaten, Regionen, Bündnisse oder Imperien zuweilen die Illusion des Selbstgenügens pflegen, Isolierung ist im Zeitalter der Massenkommunikation und angesichts des wirtschaftlichen Scheiterns der Regime, die für Autarchie optiert hatten, eine unhaltbare Illusion. Oft wurde die Mischung von Unterschiedlichkeit und Einheit als grosser Aktivposten Europas gesehen. In eben diesem Pluralismus habe Europas Beitrag bestanden, im Streben nach einer Einheit, die die Unterschiede nicht verkennt, sondern als wechselseitige Bereicherung versteht.

Andere haben bemerkt, dass die Europäer, wie die Gemeinschaften der griechischen Polis, am schlechtesten

gefahren sind: zu zerrissen, um die Sicherheit und die Macht eines Imperiums zu geniessen, zu abhängig voneinander, um auf die Unterschiede zu pochen und die restliche Welt zu vergessen.

Schliesslich sehen manche, wie *Jenö Szücs*, die Beziehung zwischen Einheit und Unterschiedlichkeit auf dynamische Weise. In der Sicht des ungarischen Historikers ist es der Genius des Westens, stets neue Strukturen zu schaffen, aus denen sich neue Trennungen ergeben, die wiederum durch andere Strukturen überwunden werden. Wir haben es mit neugemischten Karten zu tun, alte Trennungen verlieren ihre Bedeutung und neuere erscheinen oder noch ältere tauchen wieder auf. Um so dringlicher stellt sich die Frage, was unter dieser «Teilung Europas» zu verstehen ist, die wir beenden sollen. Ist es die Trennung in Nationalstaaten? in Blöcke? in militärische Bündnisse? in ideologische Lager? in Kulturbereiche? in Entwicklungsunterschiede, die reiche Länder von armen, fortschrittliche von rückständigen trennen? Läuft der Gegensatz zwischen Westen und Osten, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Norden und Süden?

Es geht um die Beziehung zwischen diesen verschiedenen Spaltungen. Verstärken sie einander oder gleichen sie einander aus? Wenn einige von ihnen überwunden werden, schwächt oder verstärkt das die anderen? Einige Spaltungen sind natürlich oder unvermeidlich. Das gilt für die Teilung in National-

staaten und — bisher wenigstens — in Bündnisse. Andere Trennungen jedoch sind künstliche und gefährliche Übersteigerungen: namentlich die Trennung in Blöcke, in gegnerische Lager. Sie mögen einst ihre Berechtigung gehabt haben, aber ihre Relevanz ist im Schwinden. Das gilt nunmehr auch für die Aufteilung zwischen freien und totalitären Staatswesen.

Das zentrale Problem der Ost-West-Trennung ist die Beziehung zwischen dem Niedergang der ideologischen Konfrontation und der Zukunft der beiden Militärbündnisse.

Zu fragen ist, ob der Ausbau der EG, der die traditionellen Gegensätze zwischen westeuropäischen Staaten überwindet, zur Konsolidierung der Ost-West-Trennung beiträgt oder eine Chance bietet, um sie zu beenden.

Zwischen Trennung und Einheit, zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Perspektiven besteht eine paradoxe Verbindung. Jede Schaffung einer neuen Struktur bewirkt neue Trennungen zwischen ihr und ihrem Umfeld. Die Differenzierungen mögen zu einer neuen Synthese führen. Diese abstrakte Formulierung weist auf ein konkretes Problem: die Überwindung der nationalen Gegensätze durch den Prozess der westeuropäischen Integration mag zunächst die Trennung zwischen der EG und dem Rest Europas und der Welt akzentuieren. Auf lange Sicht könnte sie jedoch zu einer allgemeineren Einheit beitragen, sofern die Europäische Gemeinschaft und ihre Partner einander offen und anpassungsfähig begegnen.

Wir müssen viele Dimensionen der europäischen Wirklichkeit in unsere Analyse einbeziehen: das Europa der Geschichte und das der Geographie; das Europa der sozialen und wirt-

schaftlichen Gegebenheiten, das strategisch-politisch bestimmte Europa der Kultur und das Europa der Technologie — sie alle haben nicht die gleiche Struktur, verbinden nicht die gleichen Staaten. In einigen dieser Bereiche werden die Trennungen Europas geringer, während sie in anderen Bereichen zunehmen. So mindert sich die Bedeutung der ideologischen und der militärischen Konfrontation, während die wirtschaftlichen und sozialen Konfrontationen zwischen Osten und Westen zunehmen, im Osten zugleich die nationalen Gegensätze.

Auf lange Sicht ist eine gewisse Konvergenz dieser unterschiedlichen Tendenzen wahrscheinlich. Doch das führt zu einer neuen Mischung von Einheit und Unterschiedlichkeit, von Symmetrien und Asymmetrien, zu einem neuen Gleichgewicht der Ungleichgewichte — eher als zu einer völligen Überwindung der Trennungen. Es mag so kommen, dass die Teilung Europas weniger durch eine real erreichte Europäische Einheit überwunden wird als durch eine Vervielfachung unterschiedlicher Trennungen. Dann wäre der Ost-West-Gegensatz immer noch vorhanden, aber als einer von vielen.

Der Niedergang der klassischen Ostwest-Trennung

Der Kalte Krieg gründete auf Gleichzeitigkeit der ideologischen und der strategischen Trennung. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten vertraten zwei Ideologien, die einander nach dem Untergang des Faschismus gegenüberstanden, und sie führten zwei militärische Bündnisse im Blick auf einen möglichen Kernwaffenkrieg. Darauf bezog sich *Raymond Arons*

Formulierung von 1947. *«Unmöglicher Friede, unwahrscheinlicher Krieg.»*

Der Friede war unmöglich, weil der politische Gegensatz unaufhebbar war, der Krieg war unwahrscheinlich wegen des militärischen Gleichgewichtes und seiner atomaren Komponente. Wir mögen heute diskutieren, ob der Krieg mehr oder weniger unwahrscheinlich geworden ist. Doch ist offenbar der Friede nicht mehr unmöglich, weil die beiden entgegengesetzten Ideologien nicht mehr so unversöhnbar wirken — nicht wegen einer neuen «Konvergenz» zwischen ihnen, sondern weil die Ideen des Westens gesiegt haben. Allerdings kritisiert Gorbatschow in Reden in Paris und in Strassburg jene, die behaupten: *«Die Teilung Europas überwinden, heisst den Sozialismus überwinden»*. Vielmehr gehe es um eine Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Regimes, die nicht feindlich sein werden, sondern zur Verbesserung des materiellen und geistigen Lebens der Menschen beitragen. Gorbatschow fügt allerdings hinzu: *«Die soziale und politische Organisation der verschiedenen Staaten hat sich in der Vergangenheit verändert und mag sich auch in Zukunft wandeln. Es ist Sache der Völker, darüber frei zu entscheiden.»*

Wenn dieser Grundsatz ernstlich auf den Osten wie auf den Westen Anwendung finden soll, so ist er ein Bekenntnis zu den Ideen des Westens. Das galt bereits in gewissem Masse für die Charta von Helsinki. Und es gilt noch mehr für Gorbatschows «Neues Denken», das westlichen liberalen Vorstellungen vom gemeinsamen Interesse der Menschheit entspricht, das wesentlicher ist als Klassenkämpfe. Die positive Rolle der wechselseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit, der internationalen Organisationen, der Überprüfung der

«In den alten, guten, stalinistischen und poststalinistischen Zeiten hat der Westen einstimmig die Aufhebung unserer Reisebeschränkungen gefordert. Jetzt, da es für uns — und mehr oder minder auch für die Polen — soweit ist, bekommen wir vom Westen Applaus und zugleich neuartige Einschränkungen. Wenn wir keinen notariell beglaubigten Einladungsbrief vorzeigen können, dürfen wir nach Frankreich nur einreisen, wenn wir 200 Francs pro Tag mitführen. In der Schweiz sind hundert Schweizer Franken pro Tag erwünscht, und auch die Spanier bestehen auf einer Summe mit dem etwa entsprechenden Wert. Überdies können diese beiden Länder auch die Ausfuhrgenehmigung der ungarischen Nationalbank nicht entbehren, wodurch sie also nicht nur das Geld, sondern sogar die Einhaltung der törichten ungarischen Devisenbestimmungen kontrollieren.»

Istvan Eörsi in:
«Die Zeit», 24. 11. 1989

Rüstungen usw. wird anerkannt. Doch entscheidend wird die Annahme von freien Wahlen in der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn und Staaten des «Ostblocks» sein. Mindestens in einem der beiden genannten Staaten wird eine Niederlage der Kommunistischen Partei von der Schutzmacht geduldet.

Die sich reformierenden kommunistischen Parteien tasten sich zu einer neuen Legitimität vor, der westlichen Legitimität freier und geheimer Wahlen. Tot ist eindeutig die marxistisch-leninistische Legitimierung kraft der Vorhutrolle der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse.

Die Vorgänge in China beweisen, dass Repression und Diktatur der herrschenden Gruppe, die sich an die Macht klammert, stets möglich bleibt.

Doch in Europa scheint das einstige ideologische Selbstvertrauen geschwunden zu sein. Offen wird zugegeben, dass die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung im Westen, auch die westlichen Institutionen, den eigenen überlegen sind. Mag auch die gegenwärtige Begeisterung für Demokratie und Kapitalismus im Westen wie im Osten kurzlebig sein — sie wird nicht mehr im Namen des Marxismus angegriffen, sondern im Zeichen postkapitalistischer Ideologien wie der Ökologie oder vorkapitalistischer wie des Nationalismus. Beides ist in verschiedenen Verbindungen im Osten wie im Westen anzutreffen. Das gilt auch für andere Kräfte, von Rockmusik bis zu den christlichen Kirchen, den Friedensbewegungen. Die Auswirkungen sind jeweils andere, aber sie transzendieren diese Teilung. Die Auswirkung auf die militärische Konfrontation ist offensichtlich. Der Wandel im östlichen ideologischen Feindbild verbindet sich mit wirtschaftlichen Zwängen, um die Zahl der Truppen wie der Rüstungsausgaben zu senken.

Der völlige Rückzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen würde zu einer Ära der Unvorhersehbarkeiten führen, doch Teilreduktionen — auch solche von Bedeutung — können von beiden Seiten, ohne sich auf das Wesen des Regimes auszuwirken, als nützlich angesehen werden. Wenn die verbleibenden amerikanischen Streitkräfte hinreichen, um zu beschützen und zu beeinflussen; wenn die verbleibenden sowjetischen Streitkräfte hinreichen, um ihre Verbündeten zu kontrollieren und notfalls zu disziplinieren — welchen politischen Unterschied machen dann die Zahlen aus? Einigen, gewiss, aber nur sofern die Reduktionen als Signale des Rückzugs aus Europa ge-

deutet werden. Auch im Bereich der Sicherheit entstehen Strukturen der Zusammenarbeit, die jene des Gleichgewichts, der potentiellen Konfrontation sogar ersetzen könnten.

Sicherheit im Wandel

Das europäische Sicherheitssystem gründete auf zwei Supermächten mit atomaren Waffen im Herzen Europas, insbesondere Deutschlands, und auf die um sie herum geschaffenen Bündnisse. Die Sicherheit Europas war auf der Zweiteilung gegründet und auf der Einigkeit innerhalb jeder Hälfte und ihrer Schutzmacht. Eine «vertikale» Sicherheit könnten wir das nennen, mit zwei Bündnissen und zwei Supermächten, die mit verschiedenen Mitteln die jeweiligen geographischen, politischen, psychologischen Diskontinuitäten zwischen ihnen und ihren Verbündeten zu überbrücken trachteten.

Diese vertikale Struktur könnte allmählich durch zwei parallele horizontale und kooperative Sicherheitssysteme ersetzt werden, in dem Mass, in welchem die Bedeutung der Kernwaffen relativ zu den konventionellen Waffen, eventuell auch den Raumwaffen geringer wird und in welchem die Abschreckung, verglichen mit Verhandlung und Verifizierung, an Bedeutung verliert.

Da wäre einmal das System der beiden Supermächte; es gründet vor allem auf ihrem strategischen Dialog. Der andere würde die konventionellen Streitkräfte in Europa betreffen; und ein Zustand ist vorstellbar, der auf Entfernung der atomaren Waffen, auf «defensive Verteidigung» und der Rüstungskontrolle gründete. Hier würden die europäischen Staaten, beson-

ders die mitteleuropäischen und in erster Linie die deutschen, die Hauptrollen spielen. In beiden Fällen würde die Ost-West-Trennung gemindert, aber die vertikale Trennung (oder Abkopplung) zwischen den Supermächten und ihren jeweiligen Verbündeten würde grösser, insbesondere auf westlicher Seite, da die Vereinigten Staaten und Kanada am zweiten System weniger direkt beteiligt wären als die Sowjetunion. Alle Faktoren der Ost-West-Beziehungen in Europa — die Systeme, Gesellschaften — würden sich grundlegend ändern.

Traditionell waren in Europa diese drei Ebenen getrennt. Das strategisch territoriale System war starr, hatte sich seit 1945 kaum verändert. Auf der Ebene der Staaten war mehr Flexibilität, indem mittlere Mächte wie Frankreich und Rumänien in den sechziger Jahren, die Bundesrepublik später ihre Bewegungsfreiheit wiederzuerlangen versuchten. Doch diese Flexibilität war zum Teil symbolisch und hat die wirklichen Trennungslinien nicht beeinflusst.

Der eigentliche Wandel fand in der Gesellschaft statt, dem neuen sozialen, kulturellen, ideologischen Klima. 1968 und wiederum 1981 bezeichnen den Aufstieg gesellschaftlicher Bewegungen in die internationale Szene. In beiden Fällen siegte das System — im Westen wie im Osten. Aber seither ist das Auseinanderklaffen zwischen der Starrheit der Systeme und den Bestrebungen der Gesellschaft, die zum Wandel drängen, immer offenkundiger. Gegenwärtig ist das Sicherheitssystem bedroht: durch das Nachlassen des Gefühls der Bedrohtheit, die wachsende Abneigung gegen Kernwaffen — vor allem in den Ländern, in denen sie installiert sind. Sie scheinen nur in Zeiten eines gemässigten kalten Krieges

erträglich zu sein, aber in Krisenzeiten zu gefährlich, in einer Zeit der Entspannung überflüssig. Dazu kommt die stärkere Profilierung der nationalen Identitäten und Sonderinteressen.

Bisher galt die Annahme, dass die Sicherheit das stabilste Element der europäischen Gleichung und deshalb als letztes dem Wandel auszusetzen war, der sich erst in wirtschaftlichen, sozialen, politischen, ideologischen Bereichen durchsetzen sollte. Jetzt ist jedoch der Wandel in allen diesen Bereichen so spektakulär, dass er auch das Sicherheitssystem erfasst.

Schon seit den späten vierziger Jahren gab es Vorstellungen einer europäischen Einigung mit Rückzug der beiden Supermächte. Solche Vorstellungen haben in unterschiedlicher Weise *Walter Lippmann* in den vierziger Jahren, *Georg Kennan* in den fünfziger Jahren, *de Gaulle* im nächsten Jahrzehnt, dann die Friedensbewegungen und der linke Flügel der SPD in den siebziger und achtziger Jahren vertreten; als Ausblick auf lange Sicht waren

Csaba Kiss, Mitbegründer des Forums und vor dem 28. November Befürworter eines Abstimmungsboykotts, ist unzufrieden mit dem Ergebnis. Ungarn brauche einen Präsidenten — und das so schnell wie möglich, die Volksabstimmung habe dies jedoch unnötig verzögert. Ein politisches Vakuum, eine Regierung, die in der Luft hänge, sei verheerend. «Während wir über Pozsgay streiten, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage Ungarns mit jedem Tag. Wenn nicht bald etwas geschieht, wird Ungarn ein Dritte-Welt-Land», sagt Kiss. «Die grösste Gefahr ist nicht der Kommunismus, sondern das Chaos.»

«Süddeutsche Zeitung»

1.12.1989

sie stets denkbar — kurz- und mittelfristig hingegen nicht realistisch. Voraussetzung war ein fundamentaler Wandel im imperialen Denken der Sowjetunion, die Möglichkeit einer osteuropäischen Finnlandisierung, ein geeinteres, unabhängigeres Westeuropa, gemeinsam mit den USA; sie wären aber nicht mehr im gleichen Mass präsent und führend und mit der Sowjetunion im Gleichgewicht.

Beide Bedingungen sind zur Zeit noch nicht erfüllt, aber Gorbatschows «Neues Denken» und die vorgesehene Vollendung der EG ermöglichen, darüber im Zeichen der Strategie des angebrochenen Jahrzehnts nachzudenken. Allerdings ist zu fragen, ob es sich hier um den Wettbewerb zwischen Entwicklungen handelt, entweder weil die gewaltigen Veränderungen im Osten die westeuropäische Einheit verzögert oder umgekehrt, weil ein geeintes Westeuropa im Wohlstand sich von einem krisenhaften Osten abwendet.

Einige dieser Widersprüche gelten auch für die Kultur. Einerseits findet eine spektakuläre Überwindung der Teilung Europas statt — durch die Verwerfung des Kommunismus und sogar der russischen Kultur in Ost- und Mitteleuropa, durch die Sehnsucht der Intellektuellen im Osten nach einer gemeinsamen Kultur — und das Streben der Massen in West und Ost nach einem amerikanischen «*way of life*». Doch gleichzeitig findet in faktisch jedem osteuropäischen Land eine Rückwendung zu Traditionen statt, ein Glaube an die einzigartige Sendung der eigenen Nation, eine Zurückweisung der korrumpierenden Einflüsse der materialistischen und individualistischen Kultur des Westens. Diesem Faktor muss keine übertriebene Bedeutung zugemessen werden, aber man darf die

dreifache Erfahrung nicht vergessen: Dieser Osten war vierzig Jahre vom Westen abgeschnitten, er hat dem Totalitarismus einsam Widerstand geleistet, er hofft immer weniger auf ein Gleichziehen mit westlicher Leistung und Prosperität. Mehrere eigenwüchsige osteuropäische Kulturen haben sich gebildet, die in mancher Hinsicht die Entfernung von Westeuropa vergrößert haben.

So sind es zwei entgegengesetzte «*trends*», die die Zweiteilung Europas in Frage stellen. Einmal die Erweiterung des Horizonts zur gesamteuropäischen oder weltweiten Dimension. Andererseits ist es die Wendung zu den eigenen Wurzeln, die Aufwertung der nationalen und ethnischen Besonderheiten. Beide Trends konvergieren in der Wiederentdeckung von block- und ideologieübergreifenden Solidaritäten: der Balkan, die Donau, Mitteleuropa, die nordischen Länder. Diese neuen Solidaritäten schaffen zugleich neue Trennungen, Ungleichheiten, vielleicht Konflikte. Die Zweiteilung schwindet; es ist aber keineswegs gewiss, dass ein geeintes Europa den Kampf um die Nachfolge gewinnt.

Neue Trennungen oder neue Solidarität?

Wirtschaft ist vermutlich der entscheidende Faktor, wiewohl Wurzeln und Folgen der wirtschaftlichen Gegensätze politisch sind. Die Ost-West-Beziehungen sind nicht mehr vom atomaren Gleichgewicht und der ideologischen Konfrontierung bestimmt; nunmehr fangen sie an, den Nord-Süd-Beziehungen zu gleichen. Da sind die Probleme der Schulden, der Abhängigkeit, der Wanderungen, der Minderheitsprobleme, der kulturel-

len Unvereinbarkeiten. Die sind im Licht der politischen Annäherung und der immer noch vorhandenen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion zu sehen.

Timothy Garton Ash (Träger des Charles-Veillon-Preises des europäischen Essays 1989. Red.) bemerkt, dass Osteuropa politisch und kulturell dem Westen näher rückt, sich aber von ihm wirtschaftlich entfernt. Die gleichen Osteuropäer, die sich der EG anschließen wollen, fürchten zugleich, zu Drittweltländern abzusinken. Eben deshalb wollen sie, vom Westen gerettet, als Vollbürger Europas anerkannt werden.

Auch im Westen gibt es eine Kluft zwischen Politik und Wirtschaft. Während Osteuropa politisch Fortschritte und wirtschaftlich Rückschritte macht, bleibt Westeuropa ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg. Auf dem Papier ist die Antwort leicht: Westeuropa soll seinen politischen Willen zusammenreißen und zielbewusst handeln, um dieses andere Europa so zu unterstützen, dass es der freien Wirtschaft gewachsen ist. Osteuropa hingegen soll seine eindrucksvollen politischen Energien dieser gleichen Aufgabe widmen. Der Pariser Gipfel im Juli wies — so scheint es — in diese Richtung, indem die westliche Hilfe für Polen und Ungarn von der EG koordiniert werden soll. Ein Vergleich mit dem Marshall-Plan ginge zu weit, doch ist das politische Konzept, durch wirtschaftliche Hilfe zur europäischen Einheit zu gelangen, ebenso gültig, wie es das 1947 war.

Die Ergebnisse dürften freilich nicht so spektakulär sein wie damals. Die wirtschaftlichen Nöte könnten den Fortschritt Osteuropas zur Demokratie hemmen, das Fehlen politischer Ein-

«Hinter dem abbröckelnden Gemäuer des Nachkriegssystems zeigt sich schon so manche Fratze der Vorkriegszeit: Nationalismus, Nationalitätenstreit, Grenzforderungen, wirtschaftliche Not, die vom Stalinismus nicht direkt in die Demokratie, sondern in den Chauvinismus und Bonapartismus einmünden könnte.»

Josef Joffe in:
«Süddeutsche Zeitung», 2./3.12.1989

heit und Energie die westliche Anstrengungen einschränken.

Beunruhigend sind vor allem die Spannungen, die aus der Verbindung von neuer Offenheit und von altem Ungleichgewicht zwischen West- und Osteuropa entstehen. Das gilt insbesondere für die Wanderbewegungen. Der Westen mag vor seinem Sieg erschrecken; denn er kann die Hunderte Millionen, die an seiner Prosperität teilnehmen möchten, nicht aufnehmen, noch auch die Bedingungen schaffen, unter denen diese potentiellen Einwanderer in ihren Ländern bleiben möchten.

So kam es, dass sich die östlichen Gesellschaften öffnen, aber die westlichen sich abschliessen. Es ist für einen Polen leichter, aus Polen auszureisen als in die Schweiz, Frankreich usw. einzureisen. Die Bundesrepublik, die ihren Beziehungen zum Osten Vorrang gibt, ist durch die Feindseligkeit der Rechten und eines beträchtlichen Teiles des Volkes gegenüber Einwanderern gehemmt — sogar wenn es deutsche Aussiedler sind — um so mehr, wenn es sich um Gastarbeiter, um Asylanten aus dem Osten handelt! So ist das Problem der Zulassung von Menschen und Waren aus dem Osten mindestens so schwierig wie dasjenige der westlichen Hilfe.

Wie erfolgreich auch die Anstrengungen sein mögen, die Unterschiede der Struktur werden bleiben. Für ein Jahrzehnt oder zwei werden die Volkswirtschaften zu verschieden sein, um Gleichheit und um Integration zwischen West- und Osteuropa zu bewirken. Andererseits wird die Tatsache einer sowjetischen Rest-Überlegenheit in konventioneller Rüstung und Bereitschaft bleiben. Eine restliche amerikanische Abschreckung mag das erforderliche Gegengewicht bleiben, auch wenn Europa frei von Kernwaffen ist und die Zahl der amerikanischen Streitkräfte in Europa substantiell vermindert wird.

Die Macht eines geeinten Europas wäre nicht unbeträchtlich, aber bei weitem zu gering, um sowjetischer Macht pari zu bieten, oder um auf amerikanischen Schutz zu verzichten.

Westliche wirtschaftliche Überlegenheit, sowjetische, militärische Überlegenheit — wenn das die kommende Struktur Europas ist, wie wird sie sich ausbalancieren? Auch vereint würde Westeuropa kaum eine eigenständige Supermacht. Ob Mittel- und Osteuropa seinem Schicksal entrinnen kann, mehr Objekt als Subjekt der Weltpolitik zu sein? Osteuropa ist am Kreuzweg der westlichen und östlichen Einflüsse; ihm fehlt die westliche Wirtschaftsexpansion, die russische Weite. So mag dieses Osteuropa, soweit es zu einer Gemeinschaft irgend welcher Art findet, Westen und Osten kraft seines Sieges über den Totalitarismus geistig bereichern. Es könnte jedoch abermals durch seine sozialen und nationalen

Konflikte eine Gefahr für den Frieden werden. Das ist, neben der im folgenden von Michael Stürmer analysierten deutschen Frage, das eigentliche Problem der europäischen Teilung. Nicht Kernwaffen, noch überhaupt Rüstungen waren die Ursache dieser Teilung. Es ist auch nicht mehr der sowjetische ideologische und militärische Expansionismus. Es geht für kommunistische Staaten vor allem um die Schwierigkeit des Übergangs zur Demokratie — im Bereich der Wirtschaft, der Kultur, der Politik.

Nun gilt nicht mehr *«Friede unmöglich, Krieg unwahrscheinlich»*, sondern *«Kommunismus unmöglich, Demokratie unwahrscheinlich.»* Doch ein Scheitern der Demokratie könnte entweder zu einer erneuten kommunistischen Repression führen oder zu einer Fragmentierung, einer *«Balkanisierung»* einander feindlicher populärer Diktaturen, zu einer Mischung von autoritären Regimes und Anarchie, mit einigen Inseln der Demokratie.

Um nicht selber zu einer solchen Insel zu werden, hat Westeuropa ein Lebensinteresse, die Demokratie im restlichen Europa zu fördern. Beides tut not: die diplomatische Garantie, die wirtschaftliche Hilfe, aber — und noch mehr — die soziale und kulturelle Verbindung. Der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer sollen nicht durch Barrieren von Eifersucht, Feindseligkeit und Ressentiment abgelöst werden. Denn wie kann sich Europa vereinen, wenn die bisherige West-Ost-Spannung nurmehr zu einem Aspekt des Nord-Süd-Gefälles wird?

Pierre Hassner

«Debt for Nature Swap» als Lösungsansatz für internationale Umweltprobleme?

Die Entwicklungszusammenarbeit hat sich immer mehr mit internationalen Umweltproblemen zu befassen. Die Folgen der Übernutzung von Wasser, Luft und Land durch den Menschen sind in vielen Bereichen grenzüberschreitend: die Zerstörung der Ozonschicht durch die Emissionen von Fluorkohlenwasserstoffen wird die ultraviolette Bestrahlung der gesamten Erde erhöhen, der Treibhauseffekt ist nicht auf die Spitzenverbraucher von fossilen Brennstoffen beschränkt, die Verschmutzung von Flüssen und Meeren führt zu Schädigungen des gesamten ökologischen Kreislaufes und Gleichgewichts.

Vor diesem Hintergrund entsteht die Gefahr der Radikalisierung und Polarisierung: übereifrige Grüne versus uneinsichtige Freisinnige, autoritäre Weltverbesserer versus liberale Gegenwartsgeniesser. Aufgrund vager Urteile und Prognosen von Natur- und Sozialwissenschaftlern, aber auch durch «bremsende» Interessengruppen werden wirtschaftspolitische Massnahmen verzögert, der Druck der Wähler zur Lösung all der unüberschaubaren Probleme steigt. Dadurch gerät die Regierung eines Landes in Zugzwang — Massnahmen werden beschlossen, die das eigentliche sachliche Ziel verfehlen, aber politisch zu Ansehen verhelfen; Beispiele dazu gibt es genug, man denke nur an die vergeblichen Versuche, Pelztiere, Elefanten, Wale u. a. mittels Geboten und Verboten zu schützen. Der Schmuggel und der Fang zu «wissenschaftlichen Zwecken» führt durch die Verknappung des Angebotes sowie der Einkalkulierung von hohen

Risikoprämien zu Spitzeneinkommen. Das Scheitern zahlreicher Massnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt und des ökologischen Gleichgewichts hat zur Folge, dass Schuldzuweisungen zuhauf ertönen; Sündenböcke sind gesucht und werden auch gefunden: «sollen die doch mit der Wilderei aufhören», «diese Brasilianer zerstören unsere letzten intakten Urwald» usw.

Die Grundidee der «Debt for Nature Swaps»

Die genannten Güter haben den Charakter eines internationalen öffentlichen Gutes und produzieren externe Erträge: (über)lebende Elefanten und Wale haben für uns und für künftige Generationen einen unbezifferbaren, immateriellen Wert; erhaltene Regenwälder stabilisieren das weltweite Klima, produzieren den lebensnotwendigen Sauerstoff und verhelfen unzähligen Arten der Fauna und Flora zum Überleben. Im Prinzip haben wir alle ein Interesse daran, dass diese «Güter» (Elefanten, Regenwald) erhalten bleiben; trotzdem wird jeder einzelne kaum bereit sein, etwas für die Erhaltung von Elefanten, Walen und des Regenwaldes auszugeben, vor allem dann, wenn er annimmt, dass andere Menschen sich darum bemühen werden, und er so selber als Trittbrettfahrer «gratis mitfahren» kann. Von den genannten Gütern wird deshalb zu wenig «produziert».

Es ist nun eine Tatsache, dass sich viele der vom Aussterben bedrohten Tiere und viele für die Menschheit

immer rarer werdende Umweltgüter in Ländern befinden, die sehr arm sind, zudem eine hohe internationale Schuldenlast zu tragen haben und deshalb über keine Mittel zum Schutz der Umwelt verfügen. Warum also nicht einen begrenzten Schuldenerlass eintauschen gegen die Verpflichtung, die Natur zu schonen? — Dies ist in der Tat die Grundidee der kürzlich in die Diskussion gekommenen «Debt for Nature Swaps»: eine internationale Umweltschutzorganisation kauft einer Bank einen bestimmten Schuldtitel («debt») ab — zum Marktpreis dieses Titels — und wandelt ihn um («Swap») in Natur; d. h. die Organisation bzw. der Staat erhält dadurch das Eigentum an einer bestimmten Anzahl Quadratmeter Regenwald oder an Land mit vom Aussterben bedrohten Tieren — Natur, die geschützt und erhalten werden kann. Gerade kürzlich wurde die Neuigkeit eines «ungewöhnlichen Abkommens» zwischen dem WWF und der Regierung in Sambia verbreitet: der WWF übernimmt 3,8 Millionen Schweizer Franken der sambischen Schulden, Sambia verpflichtet sich zu Massnahmen zum Schutz der Umwelt (Schutz der Feuchtzonen des Landes) (vgl. «NZZ», 17. August 1989). Dies scheint also ein Ei des Kolumbus zu sein, zur Lösung von zwei Problemen auf einen Schlag: des Verschuldungs- und des Umweltproblems.

Die Lösung des Umweltproblems

Der Ökonom besitzt für die Bewältigung beider Probleme Lösungsvorschläge: das Umweltproblem soll so in den Griff bekommen werden, dass die freie Verhaltensentscheidung beim einzelnen Individuum gemäss seinen Prä-

ferenzen bestehen bleibt und dass die Nutzniesser den empfangenen Nutzen abgelten müssen. Dies gilt sowohl für nationale als auch internationale Umweltprobleme. Sollen also die Bewohner von Ländern mit den für uns so bedeutenden Umweltgütern dazu bewegt werden, den Regenwald oder den Elefanten zu erhalten, so müssen wir als mittelbare Nutzniesser diesen Nutzungsverzicht entschädigen.

Die Kosten dieses Verzichtes sind aber vor allem in armen Ländern sehr hoch. Die Nutzung von Regenwaldholz und -boden ist dort für viele Menschen — unter der herrschenden Grossgrundbesitzverteilung — die wichtigste Lebensgrundlage. Die Industrieländer müssten somit die von den Entwicklungsländern produzierten externen Erträge durch ihren Nutzungsverzicht von Flora und Fauna mit laufenden Zahlungen und Unterstützungen abgelten. Die Regierungen in diesen Ländern könnten das Geld zur Überwachung der geschützten Gebiete und zur Kompensation der betroffenen Landbewohner einsetzen. Diese hätten die Aufgabe, die Natur im «Dienste der Menschheit» zu pflegen; anstatt Holz zu exportieren oder auf dem nach kurzer Zeit unfruchtbaren Urwaldboden Nahrung zu produzieren, könnten sie mit der erhaltenen Transferzahlung Nahrungsmittel oder Grundbesitz zur eigenen Produktion von Nahrungsmitteln nachfragen. Die Transferzahlungen müssten natürlich laufend neu verhandelt werden.

Des weiteren wäre aus ökonomischer Sicht angebracht, Nutzungsverzicht bzw. Umweltschutz zu versteigern, indem sich nicht nur Brasilien, sondern auch Länder Asiens oder gar Industrieländer für die Erhaltung und Wiederaufforstung von Wäldern bzw.

die Ansiedlung von Tieren «bewerben» könnten. Es ist nämlich nicht einsichtig, weshalb die «entwickelten» Länder dieser Welt zahlreiche Tierarten ausrotten durften, die Wälder dezimieren konnten und zudem heute am meisten zum Treibhauseffekt beitragen können, während von den ärmsten Ländern dieser Welt nun verlangt wird, die letzten Reste der Flora und Fauna durch Nutzungsverzicht der Nachwelt zu erhalten.

Die Lösung des Verschuldungsproblems

Für die Lösung des internationalen Verschuldungsproblems gibt es keine Patent-Rezepte. Könnten Länder — so wie Unternehmungen — Konkurs gehen, so hätten sich Gläubigerbanken und Schuldnerländer wahrscheinlich schon lange über einen Vergleich geeinigt, und ein Neuanfang wäre bereits geschehen. Die Ökonomen sind sich heute mehr oder weniger darüber einig, dass ein Schuldenerlass für die ärmsten Länder (Afrikas) unumgänglich ist — da diese Länder ohnehin nicht in der Lage sein werden, Schulden zu begleichen — und dass für die grossen Schuldner Lateinamerikas vor allem eine Schuldendienst-Erleichterung ins Auge zu fassen ist; dies deshalb, weil die laufenden Zinszahlungen die Entwicklung dieser Länder behindern, eine alleinige Schuldenreduktion hingegen keine Impulse auf die Entwicklung haben dürfte. Wer diese Lasten auf der Gläubigerseite tragen wird, ist vorläufig noch offen. Bei der Beurteilung darf aber nicht vergessen werden, dass die Ursache der internationalen Verschuldung nicht nur beim Schuldner liegen («falsche» Wirtschaftspolitik, Investi-

tionen in Konsum), sondern auch in der ungleichen Verteilung des Kreditrisikos zuungunsten des Schuldners (variabler Zinssatz, exogene Schocks wie Erdölpreisstörungen, large Haushaltspolitik der USA usw.).

Folgerungen

Beim Debt for Nature Swap werden durch die Schuldenreduktion die laufenden Zinsen des Schuldners reduziert. Diese entfallenden Zinsen sind die Transferzahlungen des Gläubigerlandes für den Verzicht der Nutzung von Umweltgütern durch das Schuldnerland. Man könnte das Instrument auch noch direkt in ein «Interest for Nature Swap» umwandeln, um die Bedeutung der laufenden Entschädigung zu erhöhen. Das Problematischste an diesem Konzept ist, dass es sich hier um eine Reduktion von Zinsen für Kapital handelt, von dem die heutige und auch künftige Generationen in diesen Ländern in der Regel nie profitiert haben und dies auch nicht werden. Des weiteren werden unter Umständen langfristig nicht mehr eintreibbare Schulden den Gläubigerbanken durch umsichtige Bürger finanziert. Schliesslich befinden sich die Schuldnerstaaten in einer Zwangslage. Eine Lockerung der drückenden Schuldenlast unter der Voraussetzung der Einwilligung in vom Ausland diktierte Umweltauflagen ist in dieser Situation und unter dem Aspekt der Souveränität von Staaten ein problematisches Unterfangen.

In Anbetracht der heiklen Verbindung von Entschuldung und Umweltschutz beinhaltet der grundsätzlich in die richtige Richtung weisende Debt for Nature Swap Unzulänglichkeiten. Eine Übernahme der Idee der Transferzah-

lungen ohne die Knüpfung an die Verschuldungsproblematik, also die Praktizierung von «New Money for Nature Swaps», hat demgegenüber Vorteile. Individuen, Unternehmungen und Regierungen von industrialisierten Ländern sind also aufgerufen, Systeme zu schaffen, die umweltfreundliches Verhalten mit pekuniären Anreizen belohnen bzw. die Zerstörung von Umweltgütern bestrafen — eine alte Forderung von Ökonomen. Im Nord-Süd-Verhältnis sind grössere Kompensationszahlungen gefordert: private Hilfswerke und Staaten müssen den Entwicklungsländern einen frei gewählten Nutzungsverzicht von Umweltgütern entschädigen; dabei sollte sich jedes Land dafür bewerben können.

Dies wäre eine erfolversprechendere Lösung als die Suche nach Verboten und Geboten oder gar die Verbreitung von reinen Schuldzuweisungen.

Intuitiv geeignete Strategien sind gerade in dem hier behandelten Untersuchungsfeld wohl durchdachten und konsequent analysierten Strategien unterlegen. Denn auch die Erfahrungen mit der erschreckenden Dezimierung von Elefanten zeigen, dass mit Handelsverboten dem Problem nicht beizukommen ist. Gefragt sind Transferzahlungen zur Überwachung des Elefantenschutzes in den einzelnen Ländern (übrigens haben die Deviseneinnahmen von Safari-Touristen in einzelnen afrikanischen Staaten bereits erste Erfolge gezeitigt). Schliesslich sollten auch Naturwissenschaftler vermehrt an den einzelnen Menschen in Süd und Nord herantreten, um die Einsicht des einzelnen in internationale Umweltzusammenhänge zu erhöhen. Erst dadurch steigt die Bereitschaft, einen Beitrag zur Rettung der noch übrig gebliebenen Umweltgüter zu tätigen.

Rolf Weder

Die USA werden bunter

Geht es mit den USA bergab? Diese Frage stellen sich die Amerikaner immer häufiger. Vieles deutet in der Tat darauf hin. Zuganglücke mehren sich, und der Flugzeugverkehr wird zur Qual. Wer mit dem Glück rechnet, ohne stundenlange Verzögerungen davonzukommen, gibt sich Illusionen hin. Da kann die Post ja nur immer langsamer werden. Umweltverseuchungen sind gleich immer katastrophenhaft, und Wetterveränderungen schlagen mit brutaler Härte zu. Es gibt nach wie vor Rassenkrawalle sowie eine immer blindwütigere Kriminalität. Zuerst

auf der Gefahrenliste stehen AIDS und Rauschgift, doch kommt viel anderes hinzu: um sich greifender Kindermissbrauch, steigende Korruption, wachsende Anfälligkeit für Spionage, militärische Untauglichkeit usw. Wer etwas auf sich hält, fährt einen Mercedes, Volvo oder Toyota. Von Chevrolet halten viele Amerikaner nicht mehr als die Russen vom Moskovitsch.

So scheint es um die USA schlecht bestellt zu sein, dementsprechend wird der Patriotismus immer kreischender beschworen. Vom Vietnamkomplex heisst es zwar, er sei überwunden, da

das jedoch so unermüdlich betont wird, muss man sich fragen, ob es sich wirklich so verhält. An Selbstzweifeln fehlt es nämlich nicht.

Deshalb der Massenandrang bei den «Fundamentalisten» mit ihren frommen Fernsehkanälen und unfrommen Skandalen. Ohne reumütige Enthüllungen, Selbstanklagen und Errettung auf dem Bildschirm ist der Bibelrummel nicht komplett. Die akademische Prominenz veräussert sich indes an den koreanischen Heilsboten Moon, der das Land mit seinen Publikationen, Handelsunternehmen und Frontorganisationen fest in den Griff zu nehmen bemüht war, nun aber selbst an Amerika verzweifelnd sich auf Afrika und Asien konzentriert.

Die Medien verzeichnen, was andere Nationen über den Zustand der USA meinen. So liest man da von einer sowjetischen Analyse, derzufolge die USA langsam ins Hintertreffen geraten und von Westeuropa und Japan überflügelt werden.

Dieser Eindruck drängt sich allerdings auch dem flüchtigsten Beobachter auf, es bedarf dafür kaum einer tiefeschürfenden Analyse aus dem Kreml; die Schlaglöcher in den Strassen Washingtons sind Evidenz genug. An die halb ausgebrannten Riesenslums von Philadelphia und anderen Grossstädten denkt man lieber nicht.

Man kann es auch anders sehen. Da ist eine wirtschaftliche Hochkonjunktur, die dazu geführt hat, dass in der Hauptstadt akuter Mangel an Arbeitskräften besteht, dass der Niedergang der Öltexaner durch den Elektronik-expansionismus von Boston ausgeglichen wird, dass jedesmal, wenn eine wichtige Stadt wie New Orleans einen gewaltigen Abstieg erfährt, andere Städte zu *boom cities* werden.

Ob Auf- oder Abstieg, eines steht fest: Die USA verwandeln sich gründlich. Die Zusammensetzung der US-Bevölkerung verändert sich radikal, im wesentlichen durch den anhaltenden Zustrom von Lateinamerikanern, aber auch durch die starke Einwanderung von Ostasiaten. Der Anteil der Schwarzen erhöht sich nicht nur durch höhere Geburtenraten, sondern auch durch Zuwanderung aus der Karibik und Afrika. Die gegenwärtig herrschende Schicht angelsächsischer und jüdischer Herkunft wird dann nur noch eine Minderheit unter vielen sein. Ist schon aus dem blonden Jesuskind ein schwarzer Wollkopf geworden, so wird die Freiheitsstatue des Jahres 2000 asiatische Züge tragen. Die vielen Latinos, die kaum ein Wort Englisch lernen, sehen der Zukunft gelassen entgegen; denn die Sprache von morgen heisst Spanisch. Die WASP (White Anglosaxon Protestants) verlieren ihre Vormachtstellung.

Der Vormarsch der Asiaten ist allerdings weniger zahlen- als «qualitätsmässig» bedingt. Bei akademischen Wettbewerben und den verschiedensten Auszeichnungen gehen die ersten Preise in der Regel wie folgt weg: Nr. 1 an einen Chinesen; Nr. 2 an einen Japaner; Nr. 3 an einen Inder; Nr. 4 an einen Juden; Nr. 5 an einen Latino; Nr. 6 an einen Schwarzamerikaner. Ein WASP mag dann noch irgendwo dazwischen geraten, könnte aber auch ebenso gut auf Nr. 7 landen.

Vorbei sind die Zeiten, da die jüdischen Bürger ein Monopol auf den höchsten IQ (*intelligence quotient*) hatten. Diese Stellung haben sich die Amerikaner chinesischer, japanischer und indischer Herkunft fest gesichert. Das Phänomen der überdurchschnittlichen Schulleistungen jener Kinder aus Tai-

wan oder Japan ist Thema endloser Debatten und Untersuchungen, eine überzeugende Erklärung hat das Rätselraten jedoch noch nicht erbracht. Die einzig greifbare Folgerung, zu der man gelangt ist, lautet, dass die asiatischen Familien beim gemeinsamen Mal regelmässig mit den Kindern über die Entwicklungen in der Schule sprechen und somit den schulischen Belangen einen unbedingten Vorrang gegenüber allen anderen Dingen verschaffen.

Die Latinos haben nun auch angefangen, akademisch nachzuziehen, wenngleich sie in der überwiegenden Mehrheit noch analphabetische Tagelöhner sind. Die kubanische Elite in Miami und die kolumbianische in New York lassen bereits deutlich erkennen, welch vielversprechendes Potential sich die USA erworben haben.

Schliesslich rücken nun auch die Schwarzamerikaner auf, zwar noch immer stark blockiert durch die psychologischen Vorbelastungen. Jesse Jackson ist mehr als nur ein politisches Phänomen. Er verdankt seinen Erfolg einem neuen Bewusstseinsstand und einer grösseren Reife der Schwarzamerikaner insgesamt, die nun die Fähigkeit zu konzentrierter Aktion erworben haben. Allerdings fällt es vielen von ihnen nach wie vor schwer, sich aufzuraffen und wirtschaftlich konkurrenzfähig zu werden. Ihre Wut entlädt sich in Brutalitäten gegenüber den äusserst tüchtigen Krätern aus Korea und Vietnam, die heute den Kleinhandel in den schwarzen Ghettos beherrschen, an Stelle der von dort aus aufgestiegenen Juden. Der Rassenkrawall von morgen wird eher einer zwischen Schwarz und Gelb sein als zwischen Schwarz und Weiss.

Ausgeboten werden die Schwarzamerikaner allerdings auch von Ein-

wanderern aus Afrika, die zumeist aus Ghana und Nigeria kommen, also im wesentlichen aus denselben Ländern, aus denen die Mehrzahl der Schwarzamerikaner ursprünglich stammen mag. Im Gegensatz zu den alteingesessenen Stammesgenossen benehmen sich die Afrikaner nicht anders als weisse oder gelbe Einwanderer, d.h. sie gehen dem «amerikanischen Traum» vom armen Einwanderer, der zum Millionär wird, nach. Dementsprechend arbeiten sie sich durch Fleiss und Unternehmergeist hoch. In den schwarzen Ghettos sind die meisten Taxifahrer längst nicht mehr Amerikaner, sondern Nigerianer und Ghanesen. Krasser könnte die besondere Tragik der Schwarzamerikaner gar nicht zutage treten. US-Star im Schachspiel ist bezeichnenderweise ein Oberschüler aus Kenya, John Karanja, Sohn eines Harvard-Professors.

In der Regel fürchten sich die Afrikaner vor ihren amerikanischen Rassenbrüdern und bleiben lieber unter sich bzw. mischen sich mit anderen Rassen Gruppen. Bei den wenigen Mischehen zwischen Schwarz und Weiss kommen die Schwarzen meist aus Afrika oder aus der Karibik, die Weissen aus Europa. Afrikaner gehen auch Ehen mit Asiaten ein, wogegen Ehen zwischen Koreanern und Schwarzamerikanern schon fast verdächtig wirken. Die Ehe mit einer Amerikanerin verhilft zur begehrten «Grünen Karte». Auf diese Weise ist auch Ahmad Shah zum Amerikaner geworden, ein Afghane, der als Präsident einer afghanischen Exilregierung ins Gespräch gebracht wurde. Seine Frau gehört zu den «Black Muslims».

Ein gewichtiger Faktor sind die Einwanderer aus dem Nahen und Mittleren Osten, die überwiegend aus der Bil-

derungsschicht ihrer Länder kommen. Libanesen und Afghanen steigen deshalb schnell auf, zumal sie häufig auch Kapital mitbringen. Über eine Million Iraner gibt es in den USA, von denen fast ein Fünftel Juden und Armenier sind. Manch muslimischer Iraner tritt in den USA zum Christentum über oder kehrt zum zoroastrischen Glauben der Ahnen zurück. Nicht wenige verschreiben sich dem koreanischen Sekten-Messias Moon. In jedem Falle pflegen die Iraner besonders schnell und reibungslos in der (weissen) amerikanischen Gesellschaft aufzugehen, vorbehaltloser und geschmeidiger als viele Europäer.

Gegen diesen Hintergrund muss man die rassistischen Bemerkungen mehrerer japanischer Politiker verstehen, die in den USA zu heftigen Missfallenskundgebungen Anlass gaben. So hatte sich der japanische Ministerpräsident recht undiplomatisch vernehmen lassen, die USA belasteten sich unnötig mit ihren entwicklungsunfähigen Schwarzen und dem Einwandererproletariat aus Lateinamerika. Jene Bevölkerungsgruppen wären den USA sozusagen ein Klotz am Bein, da ihnen weder Sprache noch Disziplin und Effizienz beizubringen sei. Steht hinter diesen skandalösen Äusserungen nicht die Sorge um die Zukunft der USA, die man sich bereits als ein asiatischbestimmtes Land vorstellt? Die massive Erwerbung von Grundbesitz durch Japaner wird andererseits im amerikanischen Fernsehen sorgfältig unter die Lupe genommen. Die Angstvorstellungen von der «Gelben Gefahr» gibt es nicht nur in der Sowjetunion. In den USA entzündeten sie sich nicht an den Chinesen, um so eher an den Japanern.

Inzwischen haben sich die Japaner mehrfach entschuldigt, so schlimm

habe man es nicht gemeint. Mit den Schwarzamerikanern haben sie es sich jedoch gründlich verdorben und können nun von denen einen Warenboykott erwarten. Die *Latinos* oder *Hispaner* genannten Zuwanderer aus Lateinamerika sind kaum weniger empfindlich, leben aber dank ihres raschen Fortschritts in einem gewissen Hochgefühl. Einer der Söhne des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Bush ist mit einer Lateinamerikanerin verheiratet. Bush hat das auszunutzen verstanden, indem er viel Aufhebens um die Enkelkinder macht, seine «kleinen Braunen». Zwar wollten einige *Latinos* ihm das als Rassismus anlasten, doch hat Bush hier insgesamt einen Pluspunkt zu verzeichnen. Kennzeichnend für die allgemeine Stimmung ist jedenfalls, dass die Nicht-WASP den Wahlkampf entscheidend mitbestimmen.

Die japanische Kritik an der Verlangsamung des amerikanischen Tempos trifft nicht nur auf Protest. Abgesehen von der neuen Elite ostasiatischer Herkunft stimmen auch viele WASP den japanischen Ketzereien zu, wenn gleich das nicht laut geäußert wird. Während es also auf der einen Seite so aussieht, als würden die USA immer bunter und damit zunehmend rassengleicher, wird andererseits die Rivalität der Rassen neu entfacht. Bevor es aber zur Verwirklichung des Images vom Schmelztiegel kommt, wird es noch etliche «Stammeskämpfe» geben, werden weiterhin Schwarze aus der Karibik sich Gefechte mit einheimischen Schwarzen liefern, werden die WASP auf die Barrikaden gehen, um Englisch gegen Spanisch zu verteidigen, werden Juden und Japaner sich um den Gouverneursposten von Hawaii streiten, werden Chinesen und Inder um Spit-

zenstellen in Wissenschaft und Technik rivalisieren.

So stehen den USA neue innere Spannungen bevor. Doch ist damit auch für eine Dynamik gesorgt, die ein weiteres «Absinken» der USA unwahrscheinlich erscheinen lässt.

Jairo Ortega, einer unter fast zwei Millionen Kolumbianern in den USA, lebt schon bald zwanzig Jahre in New York, ohne auch nur einen einzigen Satz auf Englisch richtig sprechen zu können. Wozu auch, gibt es doch sogar das New Yorker Telefonbuch in spani-

scher Ausgabe. Sein Sohn Alberto dagegen, ausserhalb des Hauses bekannt als Johnny, der selbstverständlich Klassenbester ist, achtet peinlich darauf, als Super-US-Bürger zu bestehen. So setzt er bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres keinen Fuss auf fremden Landesboden. In Kolumbien ist er nie gewesen. Ihm ist es ernst damit, Bürgermeister seines geliebten New York und schliesslich erster hispanischer Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Der «amerikanische Traum» hält an.

Khalid Duràn

Schwierigkeiten mit der «Wende»

Die Schriftsteller in der DDR

In der Tschechoslowakei ist Václav Havel, der Dramatiker und Bürgerrechtler, aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten. Ist das vielleicht ein Beweis dafür, dass in den revolutionären Prozessen, die Osteuropa erfasst haben und auf eine von niemandem so rasch erwartete Weise verändern, die Intellektuellen, die Künstler und die Schriftsteller eine führende Rolle gespielt haben? Für Havel mag das zutreffen. Aber er ist doch eher ein Einzelfall, einer der wenigen, die ausgeharrt und nicht resigniert haben. Der Ungarn-Aufstand von 1956 ging von den Schriftstellern und Studenten aus. Und der Prager Frühling 1968 dankte wesentliche Impulse ebenfalls einzelnen Autoren und Künstlern. Beide Ereignisse wirkten sich im geistigen und literarischen Klima der DDR in der Form von Richtungskämpfen

aus. Nicht mehr ganz so kooperativ wie noch in der literarischen Verarbeitung des Arbeiteraufstandes vom Juni 1953, als Stefan Heym den Roman «*Fünf Tage im Juni*» und Stephan Hermlin die Erzählung «*Die Kommandeuse*» schrieben, zwar mit der offiziellen Deutung der Ereignisse auch nicht übereinstimmende Darstellungen, aber immerhin die These von der Irreleitung der Arbeiter stützende Geschichten, reagierten die Schriftsteller auf die Erschütterungen durch die gewaltsame Unterdrückung der Volkserhebungen in Ungarn und in der CSSR. Einige gingen in den Westen, einer wurde ausgebürgert, einige verloren die Mitgliedschaft im Schriftstellerverband, und stärker noch als bisher, vor allem bei den Jüngeren und Jüngsten, waren jetzt Resignation und Hoffnungslosigkeit in den Texten der Lyriker und der Erzäh-

ler vernehmlich. Bei anderen wiederum gab sich der «Zukunftsfröhsinn» gedämpft, um es mit einem Wort Jurek Beckers zu umschreiben. Christoph Hein hat — etwa in «Horns Ende» und in allerneuester Zeit im Roman «Der Tangospieler» — diese Befindlichkeit eindrücklich gestaltet. Aber ob sie sich nun mit der Staatsmacht wie auch immer arrangiert, ob sie in mehr oder weniger artikulierter Distanz oder gar Opposition zu ihr sich behauptet haben, — von der Rasanz der Ereignisse wurden sie nicht weniger überrascht als das Politbüro und die Regierung selbst.

Dass viele von ihnen an der Utopie eines besseren Sozialismus festhalten, sollte man ausgerechnet den Schriftstellern nicht übelnehmen. Auch wenn sie sich über die realen Zustände keine Illusionen mehr machen sollten, träumen sie doch — und Träume sind schliesslich ihr Beruf — von dem, was sein könnte oder sein sollte... Bedenklicher an ihrer Situation ist jedoch der Umstand, dass sie im «*real existierenden Sozialismus*» der DDR ihre Vorzugsstellung hatten, zumindest wenn sie Rang und Namen haben und ihr Ruhm über die Staatsgrenzen hinausreicht. Der wendige und pointensichere Meister des vollkommen konformen und daher immer auch etwas krampfhaften Spasses, Hermann Kant, langjähriger Präsident des Schriftstellerverbandes, kann dem Vorwurf kaum entgehen, ein Mitmacher gewesen zu sein. Stephan Hermlin, der formstrenge Poet, führt das elitäre Dasein eines Geistesaristokraten. Von der grossen alten Dame, der verstorbenen Erzählerin Anna Seghers, hat man soeben aus den im Westen erschienenen Erinnerungen Walter Jankas, des früheren Leiters des Aufbau-Verlages, erfahren, dass sie die

Parteidisziplin wider besseres Wissen über die Solidarität mit einem alten Freund und Genossen gestellt hat, ein Verhalten freilich, das schon Manès Sperber zur Zeit von Stalins Schauprozessen an ihr mit Befremden konstatierte. Auch diejenigen unter den prominenten Schriftstellerinnen und Schriftstellern, denen man so gravierende Kraftakte zugunsten der Doktrin und auf Kosten von Moral und Charakter nicht vorhalten kann, stecken in diesem auf Parolen und Propagandasprüche gegründeten Staat insofern mit drin, als sie seine Ehrungen und Privilegien genossen, mochten sie auch innerlich auf Distanz bleiben. Stefan Heym etwa, dessen Auftritt anlässlich der Demonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November den Anschein erwecken mochte, hier sei der Opposition ein Wortführer erstanden, hat die aktuellen Tendenzen offenbar auch nicht ganz richtig eingeschätzt. Sein Aufruf «*für eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik*», also für ideologisch begründete Eigenstaatlichkeit der DDR auch in Zukunft, wurde zwar unter anderem von Christa Wolf und Volker Braun sofort mitunterzeichnet, einen Tag später jedoch auch von Egon Krenz, als er noch Staatsratsvorsitzender war. Da kamen dem einen oder andern wieder Zweifel, ob man sich mit Heyms Aufruf am Ende nicht noch kompromittiere. Ulrich Plenzdorf hielt seine Unterschrift zurück und begründete seine Bedenken damit, er nehme an der Vokabel «*sozialistisch*» Anstoss. Seine Vokabeln seien «*umweltfreundlich, antifaschistisch, demokratisch, sozial und gerecht*». Es herrscht Verwirrung, wie man sieht, auch über die Rangordnung der hier in eine Reihe gestellten Begriffe. Und sicher kann man nicht

sagen, von den Intellektuellen in der DDR gehe Klärung aus, Aufklärung gar, wie sie zu sagen pflegen. Die Ereignisse haben auch sie überrascht, und ihre Reaktionen reichen von Konsterniertheit bis zu opportunistischer Wendigkeit, von Angst bis zu zaghafter Hoffnung.

Auch bei den literarischen Kommentatoren im Westen ist die Unsicherheit grösser als das besonnene Urteil, was einige dazu verleitet, voreilig und überheblich Zensuren für richtiges und vor allem für falsches Verhalten zu erteilen. Vermutlich schwingt da auch die Enttäuschung darüber mit, dass die weltverändernden Vorgänge im Osten Europas — von Ausnahmen abgesehen — nicht als Folge geistiger oder literarischer Aufbrüche ihren Gang genommen haben, sondern wie die Entladung eines Überdrucks. Allzu lange hat man, vor allem im Gefolge der literaturtheoretischen Diskussionen der späten sechziger und der frühen siebziger Jahre, an eine gesellschaftsverändernde Wirkung von Theaterstücken, Gedichten und Songs geglaubt und von der Literatur eine *«politische Relevanz»* gefordert. Die Meinung, dergleichen sei mehr als ein Wunschtraum, wird von den Beobachtungen und Erkenntnissen, die jeder machen kann, nicht gestützt. 1963 war in London eine Ausstellung zu bewundern, deren Katalog mir vorliegt: *«Bücher, die die Welt verändern»*. Die schöngeistige Literatur, so schreiben die Veranstalter der Ausstellung im Vorwort, habe zwar den menschlichen Geist erhoben und beflügelt, aber sie sei — mit ganz wenigen Ausnahmen — in London nicht ausgestellt. Naturwissenschaften, Mathematik, Philosophie und Religion sind im Hinblick auf ihre weltverändernde Wirkung *«relevanter»* als Romane und

Gedichte. Was Schriftsteller schreiben, hat Wirkung auf einer ganz anderen Ebene, und zu den Merkmalen wahrer Literatur gehört, dass sie politische Macht nicht etabliert und stützt, sondern eher verunsichert und in Frage stellt. Die Schriftsteller in der DDR waren und sind in dieser Hinsicht in einer schwierigen Lage, weil ihre Kritik in Konflikt gerät mit der Utopie, die sie retten möchten.

Vielen von ihnen, und vor allem den Jungen, ist es in bewundernswerter Weise gelungen, der Zensur und den Repressionen zum Trotz, die Verlogenheit und die Phrasen, die den Alltag in der DDR bestimmten, in ihren Gedichten und Prosatexten blosszustellen. Und auch unter denen, die schon bei der Gründung der DDR sich vornahmen, zum Aufbau eines sozialistischen deutschen Staates ihren Beitrag als Schriftsteller zu leisten, gab es die Schwierigen, die unter den allmählich erstarrenden Verhältnissen litten und die gewaltsame Unterdrückung freiheitlicher Strömungen kritisierten. Einer von ihnen war Franz Fühmann, bis zu seinem Tod eine Anlaufstelle für junge Kollegen, die um ihrer literarischen Arbeit willen in Schwierigkeiten gerieten. Fühmann war für sie ein verlässlicher Freund, der nicht schwieg, wenn die Wahrheit es erforderte. Sein Prestige gründete auf seinem Werk ebenso wie auf seinem lauterem und festen Charakter. Christa Wolf, die — nach eigenen Angaben — schon im Sommer aus der SED ausgetreten ist, war mit Fühmann befreundet und hat ihm die Grabrede gehalten. Es mutet dennoch etwas merkwürdig an, wenn eine Oppositionsgruppe *«Demokratie jetzt»* die Schriftstellerin für das Amt des Staatspräsidenten vorschlägt. Für die Literatur wäre ein derartiger Wech-

sel in eine hochoffizielle Stellung eindeutig ein Verlust, und für die Politik wahrscheinlich kein Gewinn.

Vor anderthalb Jahrzehnten und dann noch einmal fünf Jahre später gab Stefan Heym in einem Verlag der Bundesrepublik zwei Bände mit Erzählern der DDR heraus und gab der Anthologie den lapidaren Titel *«Auskunft»*. Im Vorwort dazu schrieb er — in unverkennbar etwas spöttischem Ton —, er stelle bei vielen Kritikern im Westen *«eine Art Pawlowschen Reflex»* fest, wenn sie ein Buch aus der DDR läsen. Entweder erwarteten sie *«eine plumpe Apologie ihnen unsympatischer Zustände»* oder dann *«einen Packen geistiger Konterbande, voll geheimer Spitzen gegen die Ordnung, durch welche besagte Zustände aufrechterhalten werden»*. Dem widersprach er damals und erläuterte die Texte, die er *«für lernwillige Westler»* gesammelt hatte, als literarische Arbeiten von Autoren, denen die Gesellschaftsform der DDR etwas

Selbstverständliches sei. Einige von denen jedoch, die im ersten Band der Anthologie noch vertreten waren, lebten bei Erscheinen des zweiten schon nicht mehr in jener *«Gesellschaftsform»*, und dass in manchem Beitrag *«geheime Spitzen»* gegen die geltende Ordnung sehr wohl vorhanden waren, sollte zur Ehre der Verfasser ebenso wie ihrer westlichen Rezensenten, die sie erkannten, nicht verschwiegen werden.

Je prominenter sie sind, desto dichter und fester ist die Verstrickung der DDR-Autoren mit den Realitäten des Regimes von Erich Honecker. Die *«Erneuerung an Haupt und Gliedern»* und die Absage an das, was sie — Begriffe sind dehnbar — den *«Stalinismus»* nennen, sind Proklamationen, die sie sich sparen können. Die Bürger dieses Landes sind sich da wohl am ehesten einig. Schwieriger wird es sein, sich von dem zu distanzieren, was man als gefeierter und begünstigter Autor geschrieben hat.

Anton Krättli

Muss ein Schriftsteller, ein Intellektueller, nicht all das mitreflektieren? Müsste er nicht, wenn nicht unser aller, so doch *seine* Geschichte mitreflektieren? Wenn Martin Walser schreibt: die DDR-Bewohner *«werden seit vierzig Jahren an Leib und Seele geschädigt, weil sie in der falschen Gegend Deutschlands geboren wurden»* — so meint man sich zu erinnern, es von diesem Autor vor fünfzehn Jahren — oder zehn? — anders gehört zu haben. Da waren die Menschen in der falschen Gegend aus Walsers heutiger Sicht doch auch schon fünfundzwanzig Jahre an Leib und Seele geschädigt. Er hat, so lange er für die DKP eintrat, andere Meinungen geäußert, andere Sympathien bekannt, andere Parteilichkeiten ausgesprochen. Emotionen machen vergessen. Literatur aber beruht auf Gedächtnis (die Schrift wurde eigens dafür erfunden), ihr Sujet, ihre Dimension ist die Erinnerung. Und da sollte für Walser alles in der DDR immer schon eine *«historische Grotteske»* gewesen sein?

Jürgen Manthey in:
«Merkur», Heft 12, 1989